



Grußwort



Die Stärkung von Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz und die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind wichtige Ziele der Arbeit der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt. Um dieses Arbeitsfeld noch stärker zu vernetzen, Maßnahmen zu bündeln und zu ergänzen, wurde im Jahr 2011 das *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* durch die Landesregierung beschlossen. In der 7. Legislaturperiode werden wir das *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* nicht nur fortsetzen, sondern weiterentwickeln und stärken.

Das Landesprogramm ist ein lernendes Programm. Es wird gemeinsam mit interessierten Partnern und Akteuren aus ganz Sachsen-Anhalt weiter entwickelt. So wurden vier Regionalkonferenzen zur Fortentwicklung der inhaltlichen Programmpunkte durchgeführt. Fehlstellen und Bedarfe wurden ermittelt und in das neue Programm eingearbeitet.

Das vorliegende Landesprogramm bündelt die in den Ressorts umgesetzten Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie die vielfältigen Arbeitsansätze, die in Vereinen und Verbänden entwickelt wurden. Unter dem Dach des Landesprogramms sollen diese noch besser abgestimmt und strategisch verknüpft werden.

Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie und Weltoffenheit engagieren, leisten einen zentralen und unverzichtbaren Beitrag für eine lebendige Demokratie und für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Mit dem Landesprogramm zeigen wir den Feinden der Demokratie die rote Karte. Menschenfeindlichkeit hat keinen Platz! Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kultur und einer starken Zivilgesellschaft!

Machen auch Sie mit!

Petra Grimm-Benne
Ministerin für Arbeit, Soziales und
Integration des Landes Sachsen-Anhalt



Inhalt

Grußwort	1
Präambel	3
1. Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten	7
2. Bildung für eine demokratische Gesellschaft	14
3. Kulturelle Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung	19
4. Medienkompetenz für eine digitale Zivilgesellschaft	22
5. Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft	24
6. Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt	27
7. Dialog, Qualitätssicherung und Vernetzung	29
Gemeinsam für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt	31





Präambel

In den Jahren vor 1989 haben die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts fehlende Demokratie, Unfreiheit und Fremd- statt Mitbestimmung am eigenen Leib erfahren. Viele Menschen haben für eine pluralistische, demokratische Gesellschaft gestritten, die die individuelle Menschenwürde achten und demokratische Mitbestimmung ermöglichen soll.

Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat sich die Landesregierung zu der Aufgabe bekannt, an diese Erfahrungen anzuknüpfen und die demokratische Kultur sowie die aktive Zivilgesellschaft in unserem Bundesland zu stärken. Mit dem Landesprogramm ist es gelungen, staatliche und zivilgesellschaftliche Maßnahmen im Sinne einer demokratischen Alltagskultur zusammenzuführen. Vielfältige Bildungs- und Beratungsangebote haben dazu beigetragen, Menschen in ihrem Engagement zu ermutigen und ihre aktive Mitwirkung zu stärken. Daran möchte das Landesprogramm weiter anknüpfen.

Mit dem weiterentwickelten Landesprogramm bekennt sich Sachsen-Anhalt zu den in der Landesverfassung verbrieften unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage einer solidarischen Gesellschaft. Die Stärkung von Demokratie, Pluralismus, Weltoffenheit und die Prävention von Extremismus – insbesondere Rechtsextremismus –, Rassismus und allen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind integrale, ressortübergreifende Bestandteile der Regierungsarbeit in Sachsen-Anhalt. Unsere Demokratie lebt vom gegenseitigen Respekt, der Unantastbarkeit der individuellen Menschenwürde und der Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt. Um diesen Anspruch fortwährend zu erfüllen, sucht die Landesregierung die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Kommunen.

Gefährdungen der demokratischen Kultur

Aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor wissen wir: Fast alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt befürworten die Idee der Demokratie. Gleichzeitig sind viele mit dem tatsächlichen Funktionieren demokratischer Prozesse unzufrieden. Hier ist eine Entfremdung vom demokratischen politischen System, den demokratischen Parteien und den Institutionen zu beobachten, aus der die Gefahr einer Delegitimierung der Demokratie erwächst.

Im Zuge der Friedlichen Revolution sind Erwartungen an die freiheitliche demokratische Grundordnung entstanden, die die Politik nicht vollständig erfüllen kann. Die Erfahrungen mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt biografischen Umbrüchen in der Nachwendezeit, soziale Ungleichheit und die als Gefahr wahrgenommene Globalisierung verstärken bei vielen Menschen die Entfremdung vom demokratischen System, von den demokratischen Parteien und von Politikerinnen und Politikern.

Die letzten Jahre wurden deutlich geprägt von der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten. Dies stellte für unser Land eine Herausforderung dar und es ist festzustellen, dass sie gelungen ist. Daran mitgewirkt haben viele Bedienstete des Landes und der Kommunen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen und noch mehr ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ein großer Teil der Bevölkerung heißt Schutzsuchende willkommen und engagiert sich vor Ort für Integration. Daneben gab es aber auch Besorgnis erregende Stimmungen und Verhaltensweisen. Auch in Sachsen-Anhalt finden vorhandene Ressentiments ihren Niederschlag nicht nur in Sorge und Skepsis einer lauten Minderheit, sondern auch in

Rassismus und gewalttätigen Übergriffen gegen Migrantinnen und Migranten. Die fremdenfeindliche, rassistische und menschenverachtende Agitation im Land hat zugenommen.

Die kontrovers geführten Debatten um die Aufnahme von Schutzsuchenden verschafften rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Gruppierungen und ihren ideologischen Diskursen Aufmerksamkeit. Gezielt instrumentalisierten Rechtsextremisten Debatten und Diskurse für ihre Zwecke und zur „Stimmungsmache“ und trugen so zu einem fremden- und integrationsfeindlichen Klima in Teilen der Bevölkerung bei. Themen und Begriffe, die bis vor einigen Jahren eindeutig dem Spektrum der extremen Rechten zuzuschreiben waren, fanden Eingang in die öffentliche Diskussion. Die hier geäußerten Ungleichwertigkeitsvorstellungen und kollektiven Abwertungen stehen im Gegensatz zu einem weltoffenen Sachsen-Anhalt.

Die hier beschriebene Zuspitzung findet ihren Niederschlag nicht nur in der Verschiebung öffentlicher Diskurse und der Zunahme rassistischer Kundgebungen, sondern auch in einer enorm gestiegenen Zahl an rechts motivierten Straf- und Gewalttaten gegen Migrantinnen und Migranten, Politikerinnen und Politiker sowie gegen Menschen, die sich für eine weltoffene Gesellschaft engagieren.

In allen Spektren des Rechtsextremismus, in Parteien und Organisationen, in Kameradschaften oder in der von Subkultur gekennzeichneten Szene sind Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus ideologische Kernelemente. Die subkulturell geprägte, gewaltbereite rechtsextremistische Szene zeichnet sich im Wesentlichen für die rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten verantwortlich. Die Fallzahlen der politisch rechts motivierten Kriminalität bewegen sich seit Jahren auf einem hohen Niveau. Insbesondere die Zahl der Straftaten, die in

unmittelbarem Zusammenhang zu einer Asylbewerberunterkunft stehen, ist drastisch gestiegen. Rechtsextremisten stellen in Sachsen-Anhalt das größte extremistische Personenpotenzial. Der Rechtsextremismus wird auch in der nächsten Zeit den Inlandsextremismus in Sachsen-Anhalt in quantitativer und qualitativer Hinsicht dominieren.¹

Auf Grund dieser strukturellen Entwicklung und der hohen Straftatenzahl wird der strategische und inhaltliche Schwerpunkt des Landesprogramms auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gelegt. Damit verkennen wir nicht, dass auch Linksextremisten Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwenden. Linksmotivierte Straftaten liegen quantitativ bei etwa einem Sechstel, Gewalttaten etwa bei einem Drittel der rechten Gewalt. Darunter werden vor allem gewalttätige Eskalationen im Rahmen von Demonstrationen, Auseinandersetzungen mit rechten Gruppen, aber auch Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten gefasst. Hier braucht es in der Präventionsarbeit zielgruppenadäquate Maßnahmen, die zur Entwicklung von Deeskalationsstrategien beitragen. Gewaltanwendung als Mittel politischer Auseinandersetzungen darf in Sachsen-Anhalt keinen Platz haben.

Dem beschriebenen Vertrauensverlust in die Demokratie, der Instrumentalisierung gesellschaftlicher Diskurse durch Rechtsextremisten sowie den Veränderungen in den Erscheinungsformen und Einstellungen im Bereich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit muss bei einer Weiterentwicklung der Präventions- und Interventionsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt Rechnung getragen werden. So weist der Koalitionsvertrag der 7. Legislaturperiode ein diskriminierungsfreies und menschenwürdiges Miteinander als Leitziel allen politischen und gesellschaftlichen Handelns aus: „Freiheit ist für uns ein Grundwert. Aus ihr erwächst für uns die bleibende Verpflichtung, die Menschenrechte

¹ Weitere Informationen unter <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte-zum-downladen/>

und die Werte unserer freiheitlichen Gesellschaft entschlossen gegen populistische Stimmungsmache und ideologische Hetze zu verteidigen. Für menschenverachtende Parolen und diffamierende Angriffe auf die Demokratie darf es keinen Raum geben. [...] Populistische Parteien und Gruppierungen, die durch antidemokratische Systemkritik, einfache Scheinlösungen und Hetze das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie untergraben, gefährden das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft und die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen.“ Solchen Parteien und Gruppen, die das Klima in unserem Land vergiften und Menschen gegeneinander ausspielen, gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Gefahren aus dem Bereich des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Neben der aktuellen Gefährdungslage durch islamistisch motivierte Terroranschläge in Deutschland ist auch die zunehmende Anzahl an Ermittlungsverfahren mit Islamismusbezug Ausdruck dieser Entwicklung. Auch in Sachsen-Anhalt gibt es Hinweise und Erkenntnisse, dass salafistische Extremisten Geflüchtete ansprechen. Hier ist zu befürchten, dass unter dem Deckmantel angeblicher Hilfeleistung tatsächlich islamistische Ideologie verbreitet wird. Bundesweit sind auch Radikalisierungen von Konvertiten festzustellen, die ihre Wurzeln in Deutschland haben. Insbesondere das Internet wird von islamistischen Terroristen zur Ideologisierung und Rekrutierung genutzt. Das Wirken von Islamisten verunsichert viele Menschen und führt zunehmend zu pauschalen Vorurteilen gegen Musliminnen und Muslime. Auch in Sachsen-Anhalt werden Musliminnen und Muslime zunehmend mit Abwehr und Aggression konfrontiert. All dies gefährdet die Sicherheit und die demokratische Kultur. Insofern bilden die Auseinandersetzung mit Islamismus, die Prävention von religiös motivierten Radikalisierungsprozessen, die Aufklärung über den Islam und geeignete Maßnahmen zur Deradikalisierung einen weiteren, neuen Schwerpunkt des Landesprogramms.

Ziele des Landesprogramms

Die Landesregierung, Verwaltung, Parteien, Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Gewerkschaften und die vielen Engagierten im Land setzen sich entschlossen für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt ein. Das Landesprogramm ist dem Leitgedanken verpflichtet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt über vielfältige Angebote der Demokratieförderung, Prävention und Intervention zu intensivieren. Mit dem Landesprogramm soll die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Wir wollen möglichst viele in Sachsen-Anhalt lebende Menschen dafür gewinnen, sich zu engagieren und eine menschenrechtsorientierte, demokratische und plurale Alltagskultur mitzugestalten. Insbesondere junge Menschen, die aktiv an einer vielfältigen Zivilgesellschaft mitwirken wollen, möchte das Landesprogramm dabei unterstützen. Projekte und Maßnahmen, die die demokratische, politische Kultur und das Engagement in ländlichen Räumen stärken, sollen besondere Berücksichtigung finden. Das *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* möchte die bereits in Sachsen-Anhalt erfolgreich wirkenden Bundes- und Landesprogramme sowie die vor Ort entwickelten Ansätze, Strukturen und Angebote in einer gemeinsame Strategie zusammenführen.

Das Landesprogramm soll insbesondere

- demokratische Werte, gesellschaftspolitische Handlungskompetenz sowie bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Landesprogramms stärken,
- die Akzeptanz religiöser, kultureller, ethnischer und sexueller Vielfalt fördern und stärken,
- das demokratische Gemeinwesen stärken sowie das Engagement für Teilhabe und kulturelle Vielfalt unterstützen,
- zum Abbau und zur Prävention von Rechtsextremismus sowie Rassismus und aller anderen

Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, in unserer Gesellschaft beitragen,

- gesellschaftliche Minderheiten und von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte stärken,
- auf rechts motivierte und rassistische Gewalt mit Unterstützungsangeboten für Betroffene reagieren,
- eine kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen fördern, vor allem in der Erscheinungsform des politisch motivierten Extremismus sowie des Islamismus und Salafismus,
- zur Prävention von Radikalisierungsprozessen beitragen,
- Menschen, die rechtsextreme oder religiös radikalisierte Gruppierungen verlassen wollen, beziehungsweise Angehörige, die Personen bei diesem Prozess begleiten möchten, informieren, beraten und unterstützen,
- Bürgerdialoge und andere Formate fördern, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe verbessern,
- neue Formate der demokratischen Teilhabe von Menschen und Gruppen entwickeln, die bisher noch nicht erreicht werden konnten,
- Medienkompetenz vermitteln, innovative Gegenstrategien fördern und über Hass im Netz aufklären,
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Fachkräfte für die Vermittlung von menschenrechtsorientierten Werten und in den weiteren genannten Handlungsfeldern fortbilden,
- durch beratende und wissenschaftliche Begleitung innovative Projektansätze identifizieren und in nachhaltige Strukturen überführen.



1. Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten

Nur eine aktive Bürgergemeinschaft begründet die Basis für eine gemeinsame Strategie für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit. Dieser bisher im *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* verankerte Ansatz wird auch zukünftig weiterverfolgt. Mit dem Landesprogramm sollen Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Teilhabe an menschenrechtsorientierten, partizipativ-demokratischen und pluralen Alltagskulturen in einer engagierten und aktiven Zivilgesellschaft eingeladen werden.

Ehrenamtliches Engagement – ein Grundpfeiler der Demokratie

Eine demokratische und soziale Gesellschaft setzt großes Vertrauen in engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere und die demokratische Mitgestaltung eines solidarischen Miteinanders sind von wesentlicher Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

In den letzten Jahren hat das freiwillige Engagement einen deutlichen Aufschwung erlebt. Die Landesregierung möchte durch die Förderung des Engagements die Integration, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Solidarität zwischen den Generationen weiter stärken. Ehrenamtliches Engagement fördert eigene Potentiale, vermittelt neue Fähigkeiten und bietet vielfältige Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitgestaltung. Dazu braucht es Netzwerkstrukturen zur Engagementförderung auf allen Ebenen. Auch zukünftig werden Menschen darin unterstützt, sich für eigene und gesellschaftliche Aufgaben stark zu machen. Dafür sollen die Bildungsangebote, Unterstützungsstrukturen,

Young Player Project Das Fremde – so nah

Das Theater- und Tanzprojekt brachte Jugendliche unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft zusammen, in gemeinsamer mehrmonatiger Projektarbeit wurden Berührungängste und Sprachbarrieren abgebaut.

In *Das Fremde – so nah* setzten sich Dessauer Jugendliche und junge syrische Migranten mit dem Thema des „Fremden“ auseinander und entwickelten mit erfahrenen Schauspielern eine interkulturelle Aufführung. Mit den Mitteln von Tanz und Schauspiel erzählten sie Geschichten von Zusammengehörigkeit, Isolation, Kampf und Liebe. Über 1000 Menschen sahen in deutscher und arabischer Sprache die drei Aufführungen in Dessau sowie das Gastspiel in der Oper Halle. *Das Fremde – so nah* wurde mit dem 3. Platz des Jugend-Kultur-Preises 2017 ausgezeichnet. Projektpartner ist der Freundeskreis des Anhaltischen Theaters e.V. in Kooperation mit dem Anhaltischen Theater.



Rahmenbedingungen und Netzwerke für bürgerschaftliches Engagement weiterentwickelt werden.

Vereine und Verbände sind prägender Teil der Zivilgesellschaft, begleiten und stärken professionell das bürgerschaftliche Engagement und leisten einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft.

Demografiepreis Sachsen-Anhalt

Der Demografiepreis Sachsen-Anhalt richtet sich an jene, die durch ihre tägliche Arbeit, ihr Engagement und ihre Ideen einen Beitrag dafür leisten, dass der demografische Wandel in unserem Land erfolgreich, nachhaltig und innovativ gestaltet werden kann. Dies kann nur durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Kommunen gelingen. Ziel des Demografiepreises ist es daher, diese Leistungen öffentlich zu würdigen und den Menschen zu zeigen, dass sie durch ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels leisten, der nicht selbstverständlich ist. Gleichzeitig sollen auch andere auf die Projekte aufmerksam gemacht und motiviert werden, sich ebenfalls vor Ort zu engagieren und an diesen Prozessen aktiv zu beteiligen.

Der Demografiepreis wird seit 2013 jedes Jahr durch das Land Sachsen-Anhalt vergeben und zeichnet Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine und Institutionen aus, die sich durch besondere Leistungen rund um das Thema Demografie verdient gemacht haben. Träger ist das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr.



Zusammenhalt und Teilhabe in Zeiten des demografischen Wandels

Der demografische Wandel bietet eine Chance, das Bewusstsein für Demokratie und Teilhabe zu festigen und die Bürgerinnen und Bürger für politische Themen zu sensibilisieren. Die aktive Mitgestaltung von Veränderungsprozessen vor Ort stärkt den Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Gemeinwesen und eröffnet den Menschen die Möglichkeit, die Potentiale und Ergebnisse einer Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu erleben. Die Altersstruktur in der Bevölkerung verlangt insbesondere in den Städten und Gemeinden nach neuen Wegen im Zusammenspiel der Kommunen, Träger, Verbände und der Bürgerinnen und Bürger, die das wachsende Interesse z. B. von Seniorinnen und Senioren an der Mitgestaltung und Mitverantwortung der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigen müssen.

Die 2011 gegründete Demografie-Allianz stärkt das bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum und trägt dazu bei, das eigene Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, im Miteinander positive Unterstützung zu erhalten und sich mit seinem Gemeinwesen stärker zu identifizieren. Weitere durch das Land geförderte Demografie-Projekte setzen zudem Schwerpunkte bei den Themen Daseins- und Gesundheitsvorsorge, Familien, Wohnen und vielem mehr. Neben der konstruktiven Gestaltung des demografischen Wandels werden hier Menschen aller Gesellschaftsschichten und Altersgruppen zusammengebracht und dazu ermutigt, sich gemeinschaftlich für ihr soziales Umfeld zu engagieren. Dieses Engagement zu begleiten und anzuerkennen ist ein essentieller Beitrag zur Demokratieförderung in unserem Land.

Netzwerk für Teilhabe und gegen Diskriminierung im ländlichen Raum



An ihrem Standort in der Altmark setzt sich die Hochschule Magdeburg-Stendal gemeinsam mit zahlreichen Partnern für das *Netzwerk für Teilhabe und gegen Diskriminierung im ländlichen Raum* ein. Ziel ist die Dokumentation von struktureller, institutioneller und interaktiver Diskriminierung im Zusammenhang mit Alter, Behinderung, Geschlecht, Ethnizität, sozialer Herkunft, sexueller Orientierung und Leben im ländlichen Raum.

Viele Menschen in der Region kennen jedoch das Gefühl, nicht anerkannt zu werden. Manche erleben Barrieren im Alltag. Solche Erfahrungen werden oft nur im privaten Kreis geteilt. Durch die wissenschaftliche Dokumentation und gemeinsame Veröffentlichung von Diskriminierungserfahrungen im ländlichen Raum sollen Öffentlichkeit und Zuständige sensibilisiert werden und Handlungsstrategien zur Verbesserung der Teilhabe vieler Menschen in der Region entwickelt werden.

Netzwerkträger ist der Kinderschutzbund KV Stendal e.V.

Aktive Bürgergesellschaft vor Ort

Das aktive Eintreten für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie die Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Politik, Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Gerade in einem ländlich strukturierten Land wie Sachsen-Anhalt ist die Kommune ein zentraler Ort, an dem Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit gelebt werden.

Vielerorts haben sich in Sachsen-Anhalt ehrenamtliche Bürgerbündnisse und Initiativen gegründet, um durch aktives, demokratisches Handeln vor Ort Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt entgegenzuwirken und Menschen mit Migrationserfahrungen lokal einzubinden. Bürgerbündnisse und Initiativen werden häufig von dem Engagement der Kirchen, der Gewerkschaften, von Bildungseinrichtungen, Jugend- und Kulturvereinen getragen. Auf Grund ihrer Unabhängigkeit können sie den Finger in Wunden legen und den Herausforderungen vor Ort schnell begegnen.

In den *Partnerschaften für Demokratie* erarbeiten Engagierte aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft eine den lokalen Erfordernissen angepasste Strategie zur Stärkung einer lebendigen und vielfältigen Alltagskultur. So wirken immer mehr Aktive aus der Kommunalpolitik, der Jugendarbeit, den Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und der Verwaltung vor Ort zusammen, um Demokratie und Vielfalt erlebbar zu machen. Die Gründung und Arbeit von lokalen Bündnissen und Initiativen für Demokratie werden gezielt gefördert und gestärkt. Zur stärkeren Beteiligung von jungen Menschen sind in den Partnerschaften für Demokratie Jugendforen verankert. Durch das landesweite Netzwerk für Demokratie und Toleranz erhalten lokale Initiativen zusätzlich regelmäßig Informationen über Aktivitäten auf Landesebene sowie über Förderprogramme und Aktionen anderer lokaler Zusammenschlüsse. Sie werden zu Workshops und Konferenzen eingeladen und können auf diesem Weg eigene landesweite oder lokale

Projekte initiieren. Das Netzwerk fördert die demokratische Kultur in unserem Bundesland. Dazu gehören seit einigen Jahren auch Verbände aus Feuerwehr, Sport, Wohlfahrt, Gleichstellung und Migration, die im Bundesprogramm *Zusammenhalt durch Teilhabe* mitwirken und so ihre vereins- und verbandsinternen Strukturen demokratisch stärken.

Der Sport ist maßgeblicher Träger für ehrenamtliches Engagement, stellt er doch jenen Bereich in unserer Gesellschaft dar, in dem der höchste Anteil ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird. Mit mehr als 3.100 Sportvereinen bietet der organisierte Sport des Landes Sachsen-Anhalt eine flächendeckende Struktur, die auf Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Teilhabe aller Vereinsmitglieder basiert. Der Landessportbund bekennt sich als Dachverband der Sportorganisationen in seiner Satzung klar zu den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft. Er ist offen für alle sportinteressierten Bürgerinnen und Bürger, er integriert sie, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, Parteizugehörigkeit oder gesellschaftlichen Stellung in den Sport. Mit vielfältigen Angeboten bietet der Sport Gelegenheit für partnerschaftliches, respektvolles und demokratisches Handeln, vermittelt und festigt ethische Werte wie Fairness und Toleranz. Zugleich wirkt er aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, politischen Extremismus, Gewalt und Homophobie entgegen.

Beratung und Unterstützung vor Ort

Die aktive Auseinandersetzung mit Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* durch bedarfsgerechte Angebote im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus unterstützt. Die in allen Regionen Sachsen-Anhalts tätigen Mobilen Beratungsteams begleiten zivilgesellschaftliche Akteure in ihrem Engagement gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen, Handlungen und Aktionen. Gegenwärtige Schwerpunkte bilden

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt



Das *Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus* bietet fachkompetente Beratung an bei rechtsextremen Ereignissen sowie für Opfer rechter Gewalt. Mit Standorten in Salzwedel, Magdeburg, Dessau und Halle arbeiten flächendeckend in Sachsen-Anhalt *Regionale Beratungsteams* und *Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt*. Die Arbeit des Beratungsnetzwerks trägt seit 2007 dazu bei, die präventive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu stärken und zivilgesellschaftliches Engagements für Demokratie zu fördern. Ob eine Neonazi-Demonstration, die Rechtsrock-CD in der Schule oder rechtes Gedankengut im Jugend- oder Sportverein: Das Netzwerk steht für fachkompetente Beratung zur Verfügung für Kommunalpolitik, Schulen, Jugend- und Sportvereine, Bündnisse gegen Rechts und weiteren Aktiven. Gegenwärtiger Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Gruppierungen. Im Jahr 2014 wurde das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus erweitert um ein Qualifizierungsprojekt für die Beratung von Angehörigen rechtsaffiner Jugendlicher.

der Umgang mit rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete und die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Gruppierungen. Ziel der gemeinwesenorientierten Beratungsarbeit ist der Aufbau langfristiger zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Rechte und rassistische Gewalttaten sind in den zurückliegenden Jahren enorm angestiegen. Hiervon sind geflüchtete Menschen und viele Engagierte aus der Flüchtlingshilfe betroffen. Das

Beratungsangebot für Opfer rechter Gewalt richtet sich an Betroffene rechter oder rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt. Die Opferberatung unterstützt die Betroffenen sowie deren Angehörige bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen der Tat und bei der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit.

Unter dem Dach des Landesprogramms werden Zugänge zu jungen Menschen mit Affinitäten zu rechtsextremen Ideologien erschlossen, um demokratieablehnenden und menschenfeindlichen Haltungen pädagogisch zu begegnen. Hierbei sollen den Jugendlichen unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes Wege aufgezeigt werden, sich von politisch oder religiös motivierten Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu distanzieren. Ziel der Präventionsarbeit ist es, Radikalisierungen früh zu erkennen und Ansatzpunkte zu finden, ihnen mit pädagogischen, sozialräumlichen und politischen Maßnahmen entgegenzuwirken.

In verschiedenen Präventions- und Deradikalisierungsprojekten konnten Kenntnisse gewonnen werden, um den Ausstieg bzw. die Distanzierung von rechtsextremen Ideologien oder Milieus zu unterstützen. An diese Erfahrungen möchten wir anknüpfen und damit islamistischen Radikalisierungen vorbeugen. Eine besondere Herausforderung besteht darin, Prävention in Sachsen-Anhalt so zu gestalten, dass bereits im Vorfeld und in Frühphasen eine Radikalisierungstendenz erkannt wird, um eine stärkere Identifizierung mit der islamistischen/salafistischen Ideologie und Bewegung zu verhindern. Dieser Ansatz beschränkt sich nicht nur auf eine Arbeit mit potenziell „gefährdeten“ Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch staatliche und kommunale Einrichtungen sowie zivilgesellschaftliche Akteure möchten wir im Sinne eines differenzierten Umgangs mit Fragen von Religion, Identität und islamischen Glaubenswelten sensibilisieren. Die Präventionsmaßnahmen richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit jugendphasentypischen Suchbewegungen und Konflikten mit islamistischen/salafistischen Ansprachen in Kontakt kommen

EXTRA-Extremismus-Ausstieg

Das Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt hat das Modellprojekt *EXTRA* als Ausstiegshilfe aus dem Rechtsextremismus eingerichtet. Personen, die rechtsextremistische Bestrebungen verfolgen oder in die entsprechende Szene abzugleiten drohen, sollen für eine Abkehr gewonnen werden. Damit werden durch die Ausstiegshilfe Aufgaben der Prävention zum Schutz vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen wahrgenommen.

Die persönliche Begleitung und Betreuung bekennender Rechtsextremisten während eines Ausstiegs steht im Mittelpunkt der Arbeit von *EXTRA*. Ausstiegswilligen werden Wege aufgezeigt, wie es gelingen kann, sich vom Rechtsextremismus abzuwenden und von diesen Einstellungen und Handlungsmustern zu distanzieren sowie damit verbundene Probleme zu lösen.

Im Sinne einer indizierten Prävention zielt die Arbeit von *EXTRA* darauf ab, im kooperativen Zusammenwirken mit Ausstiegswilligen nach erkannten Regelverletzungen durch geeignete präventive Maßnahmen weitere Regelverletzungen zu vermeiden, Folgeprobleme zu lösen und negative Begleiterscheinungen zu vermindern.

können. Darüber hinaus sollen auch jene Akteure angesprochen werden, die Einfluss auf eine Veränderung des öffentlichen Diskurses sowie jener politischer Rahmenbedingungen haben, die einer Teilhabe und Zugehörigkeit von Menschen muslimischen Glaubens und von Menschen mit Migrationsgeschichte entgegenstehen (z. B. Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker, Fachkräfte für Lehrpläne und Lernmaterialien). Schließlich richtet sich die Präventionsarbeit auch an Jugendliche und junge Erwachsene, um ihnen Alternativen zu islamistischen/salafistischen Deutungs- und Gemeinschaftsangeboten aufzuzeigen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Salam Aleikum – Friede sei mit Dir



Mit dem Projekt *Salam Aleikum* ist das Multikulturelle Zentrum Dessau e.V. seit Juli 2015 zur Prävention von Islamfeindlichkeit und religiöser Radikalisierung aktiv. Mit der Projektarbeit soll zum gegenseitigen Verständnis zwischen Musliminnen und Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland beigetragen werden.

Das Projekt zielt darauf, Ängste und Vorurteile gegenüber dem Islam ernst zu nehmen, aufzuklären und Begegnungen zu ermöglichen. Die Aufklärungsarbeit zum Islam richtet sich dabei primär an die Bevölkerung allgemein sowie an Fachkräfte aus Schule und Jugendarbeit. Zum anderen ist es notwendig, die muslimische Migrationsgesellschaft über die Funktionsweisen des gesellschaftlichen und politischen Miteinanders in Deutschland zu informieren. Gleichzeitig aber müssen Muslime mit ihren kulturellen und identitätsbezogenen Hintergründen ernst genommen und anerkannt werden. Erst so wird ein echter Dialog in unserer Gesellschaft möglich.

Wissensvermittlung über den Islam, über Demokratie und interkulturelles Zusammenleben sowie das Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Minderheit stehen in der Projektarbeit im Zentrum.

Die Garantie von Menschenrechten und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Gemeinwesen sind Grundlagen unserer Demokratie. Diskriminierungen aufgrund der

ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität sind schwerwiegende Verstöße gegen das demokratische Selbstverständnis. Betroffene sind zugleich wichtige Akteure, die sich in Selbstvertretungen organisieren und ihre Stimme in den öffentlichen Raum einbringen. Deshalb verfolgt die Landesregierung Strategien zur Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung und zur Stärkung der Anerkennung von Minderheiten. Beispiele sind die *Landesprogramme für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt und zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und Intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI)*. Insbesondere im ländlichen Raum sind Selbstvertretungen und Unterstützungsnetzwerke nicht hinreichend vorhanden. Mit dem Auf- und Ausbau von Beratungsangeboten für von Diskriminierung Betroffene sowie durch die Vernetzung verschiedener Selbstvertretungen im Sinne des horizontalen Ansatzes möchten wir Betroffene unterstützen und die Bürgerinnen und Bürger für Alltagsdiskriminierung sensibilisieren.

Netze knüpfen für Demokratie

Die Vernetzung einzelner Handlungsfelder und ihrer Akteure ist nicht nur auf lokaler Ebene ein wichtiges Element für den Erfolg des Ganzen, auch auf Landesebene werden Strukturen benötigt, die ein gemeinsames und aufeinander abgestimmtes Handeln ermöglichen. Radikalisierungsprävention, Demokratie- und Engagementförderung möchten wir besser vernetzen und aufeinander abstimmen.

So führt die Landeskoordinierungsstelle des Bundesprogramms *Demokratie leben!* die Akteure der Partnerschaften für Demokratie, des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus und der Modellprojekte zusammen und unterstützt den Aufbau einer nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene. Ziel ist es, überregionale und lokale Maßnahmen der Prävention und Intervention im

Themenfeld zu bündeln und zu vernetzen. Die Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt seit 2005 Akteure im Land Sachsen-Anhalt, die mit dem Ziel der Stärkung der demokratischen Kultur in unserem Bundesland aktiv sind.

Übergreifende Zielsetzung sind die Sensibilisierung der Bevölkerung in der Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus, die Vernetzung und Beratung lokaler und landesweiter Akteure sowie Angebote von Information, Qualifizierung und Förderung für Ehren- und Hauptamtliche.





2. Bildung für eine demokratische Gesellschaft

Bildung im 21. Jahrhundert beginnt mit der frühen Kindheit und begleitet uns bis ins hohe Alter. Die Bildungseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt müssen Grundlagen der Demokratie kontinuierlich vermitteln. Deshalb fördert das Land Sachsen-Anhalt lebensbegleitende Demokratiebildung. Das umfasst politische Bildung, Partizipation, demokratische Alltagsgestaltung, Anerkennung von Vielfalt und bürgerschaftliches Engagement. Lebensbegleitendes soziales und transkulturelles Lernen eröffnet Räume für die Entwicklung von Wissen, Kompetenzen und Haltungen, die für Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Demokratie wesentlich sind. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm Demokratiebildung in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie der Jugend- und Erwachsenenbildung, um demokratisches Handeln und Denken zu erlernen und einzuüben. Eine stärkere Verankerung der Demokratiepädagogik in der Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte wird angestrebt.

Frühe Bildung: Kindertagesstätten

Kindertageseinrichtungen sind der Ort, an dem die Jüngsten unserer Gesellschaft erstmals in ihrem Leben in größeren Gruppen agieren und damit ihre sozialen Kompetenzen substanziell entwickeln können. Hier lernen Kinder Vielfalt und Ungleichheiten kennen. Vorurteile und Diskriminierung machen ebenso wenig Halt vor den Türen der Einrichtungen wie Kinderarmut. Um ihr Recht auf demokratische Teilhabe wahrnehmen zu können, müssen Kinder entsprechende Kompetenzen entwickeln und erproben können.

Das Programm *Bildung: elementar* und dessen Fortschreibung sowie die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte im Land Sachsen-Anhalt

beinhalten bereits viele dieser Impulse. Die Gestaltung demokratischer Bildung und Teilhabe ist in vielen Kindertagesstätten dementsprechend kontinuierlich auszubauen.

Das Landesprogramm fördert daher Maßnahmen, die

- die demokratische Teilhabe von Kindern in den Kindertageseinrichtungen zum Ziel haben,
- einen wertschätzenden Umgang mit sozialer und kultureller Vielfalt anregen,
- einen kritischen Umgang mit Ungleichheit, Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt beinhalten,
- Anerkennung von Vielfalt und Vorurteilsprävention in Erziehungspartnerschaften und im Sozialraum thematisieren,
- innovative Ansätze entwickeln bzw. auf eine größere Breitenwirkung bewährter Ansätze abzielen,
- eine Qualitätssteigerung der Demokratiebildung im Elementarbereich bewirken.

Demokratiebildung in Schulen

Teil des im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrages ist es, „die Schülerinnen und Schüler zur Achtung der Würde des Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur Anerkennung und Bindung an ethische Werte, zur Achtung religiöser Überzeugungen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher

Gesinnung zu erziehen“. An diesem Grundsatz orientieren sich fachübergreifend Lehr- und Lerninhalte ebenso wie Arbeits- und Vermittlungsformen, innerschulische Entscheidungsprozesse und Umgangsformen sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern.

Um diese Ziele im Sinne einer Schule der Bürgergesellschaft umzusetzen, setzt Schule in Sachsen-Anhalt auf:

Interkulturelles Lernen und die Vermittlung internationaler Erfahrung

Zum interkulturellen Lernen als Unterrichtsprinzip gehören alle Formen, die durch die Erfahrung kultureller Vielfalt zu einer genaueren Analyse, zu einer Relativierung der eigenen kulturellen Normen und Sozialsysteme und damit zum Abbau kultureller Vorurteile führen. Interkulturelles Lernen ist fächerübergreifend und wird durch ergänzende Projektarbeit in Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern in allen Schulformen und Altersgruppen gestärkt.

Begegnung und Austausch, besonders im Rahmen von Schulpartnerschaften, fördern ebenfalls das interkulturelle Lernen. Internationale Beziehungen gehören heute zu den anerkannten und elementaren Qualitätsmerkmalen einer guten Schule. Darum sollen die Rahmenbedingungen für internationale Schulpartnerschaften und den Schüleraustausch weiter verbessert werden.

Ausbau der Demokratiepädagogik

Die Landesregierung will die demokratiepädagogische Erziehung und Bildung an den Schulen ausbauen. In den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien sind schwerpunktmäßig übergreifende Themen- und Kompetenzbereiche verankert, die einen spezifischen Beitrag zum menschenrechtsorientierten Lernen leisten, wie etwa Umgang mit Rassismus, Gewalt, Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit, Förderung von Demokratie und Toleranz sowie die Stärkung der Kinderrechte der UN-Charta. Dazu gehört das Wissen um den demokratischen Verfassungsstaat, die Kenntnis

von politischen Beteiligungsrechten, aber auch die Auseinandersetzung mit extremistischen und rechtspopulistischen Bestrebungen, die die Demokratie gefährden. Die Wissens- und Kompetenzvermittlung zur erfolgreichen Bekämpfung von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt in allen Schulformen soll weiter ausgebaut werden.

Im Lehrplan für die Gymnasien und Fachgymnasien ist bereits jetzt als gemeinsame Aufgabe aller Fächer die Ausprägung von Demokratiekompetenz unter dem Schwerpunkt „Demokratisch handeln und Demokratie stärken“ fest verankert. Bei der weiteren Überarbeitung von Rahmenrichtlinien arbeitet die Landesregierung darauf hin, Lerninhalte und Methoden für die hier beschriebenen Inhalte und Ziele für alle Schulformen weiterzuentwickeln. Interkulturelles und demokratisches Lernen soll auch in Berufsbildenden Schulen noch stärker verankert werden.

Mitbestimmung im Schulalltag

Die Interessenvertretung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern ist gesetzlich verankert. Mit den ehrenamtlichen Eltern- und Schülerräten ist die demokratische Mitbestimmung an schulischen Bildungsprozessen und der Gestaltung des Schulalltags garantiert. Ihre Arbeit basiert auf Mitbestimmung, Verhandlungsführung und Kompromissfindung und ist damit umfangreicher Ausdruck einer demokratischen Lebensweise im Schulalltag. Gerade Schülerinnen und Schüler müssen zu dieser Form demokratischer Mitbestimmung befähigt und Lehrende für die Ernsthaftigkeit und Notwendigkeit sensibilisiert werden. Das Landesprogramm unterstützt daher Aktivitäten zur weiteren Festigung und Ausgestaltung der gesetzlich verbrieften, demokratischen Mitbestimmung im Schulalltag und deren Weiterentwicklung bis in die Klassenbereiche.

Vernetzung und Öffnung in das Gemeinwesen

In den Schulen Sachsen-Anhalts gibt es eine Vielfalt von Handlungsansätzen, die das Bewusstsein für eine demokratische, men-

Ohne Rassismus...



...geht das überhaupt? Wer eine Welt ohne Rassismus erreichen will, muss einen langen Atem mitbringen, viel Engagement aufbringen, und natürlich Kreativität und Teamgeist. Und dann ist man beim Projekt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* genau richtig. Über 130 Schulen in Sachsen-Anhalt beteiligen sich an Deutschlands größtem Schulnetzwerk, dazu gehören zahlreiche aktive Schülerinnen und Schüler und natürlich auch Pädagoginnen und Pädagogen, die durch eine engagierte Begleitung des Projekts die Nachhaltigkeit der einzelnen Schritte sichern. Die Aktivitäten der Schulen reichen von interkultureller Bildung, über Anti-Mobbingprogramme bis hin zu Geschichtsprojekten und der aktiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Populismus. Alljährlich treffen sich rund 600 Mitwirkende zu einem Landestag, bei dem die Erfahrungen und Ideen von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Bildungspartnern gefragt sind. Koordiniert wird das Projekt in Sachsen-Anhalt von der Landeszentrale für politische Bildung.

schenrechtsorientierte Kultur stärken. Ein besonderes Augenmerk gilt hier nachhaltigen Strategien, die diesen Weg kontinuierlich verfolgen und die Schulen dabei gemeinsam mit externen Bildungspartnern und Orten in das Gemeinwesen öffnen. Hier sind sowohl die Schulsozialarbeit als auch die Träger außerschulischer Jugend- und Bildungsarbeit wichti-

ge Partner der Schulen. Besonders im Hinblick auf eine nachhaltige Sicherung solcher Angebote sind Schulnetzwerke wie die UNESCO-Projektschulen, die Europaschulen, das Netzwerk *Service-Learning – Lernen durch Engagement* und das Schulnetzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (SOR-SMC) zu nennen. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Verstetigung demokratiefördernder Bildungsprozesse in der Schule und im Gemeinwesen. Die bestehenden Netzwerke sind zu stärken und weiterzuentwickeln durch die Beratung und Qualifizierung von Lehrkräften, eine verstärkte curriculare und programmatische Verankerung, die Gewinnung und Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Implementierung in die Lehreraus- und -weiterbildung, den organisatorischen Ausbau der Schulnetzwerke sowie den Ausbau qualitätssichernder Maßnahmen.

Demokratiebildung in Hochschulen und Universitäten

Eine demokratisch verfasste Hochschule leistet wertvolle Beiträge zur Sicherung und Weiterentwicklung eines demokratischen Gemeinwesens. Zahlreiche methodische und didaktische Ansätze, die gesellschaftliches Engagement von Studierenden in der Lehre fördern bzw. die Studierende an gesellschaftliches Engagement heranführen, sind geeignet, einerseits die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern und andererseits die gesellschaftliche Verantwortung von Hochschulen und Studierenden zu stärken. Studierende lernen durch bürgerschaftliches Engagement in sozialen, kulturellen oder ökologischen Feldern und wenden ihr im Studium erworbenes Wissen direkt im Gemeinwesen an. Dadurch entstehen lebendige neue Lehrformate und Forschungsfelder, die sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen beschäftigen und neue Problemlösungen bieten. Zugleich werden Einstellungen und Werte bei den Studierenden entwickelt, die für ihre eigene Orientierung und für ihre Vorbildfunktion in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Welcome-Tutoren der Hochschule Anhalt engagieren sich für Flüchtlinge



Politische Flüchtlinge, die ein Hochschulstudium anstreben, müssen sich mit einer Vielzahl von asyl-, arbeits- und hochschulrechtlichen Fragen befassen. Arabisch-, kurdisch- und farsisprachige Welcome-Tutoren unterstützen Studieninteressierte mit Fluchthintergrund mit zielgruppengerechten und individuellen Informations- und Beratungsangeboten. Im Sprachlotsen-Programm begleiten studentische Ehrenamtliche mit Hilfe der Welcome-Tutoren die Teilnehmenden von studienvorbereitenden Deutschkursen der Hochschule mit regelmäßigen Treffen, die vor allem Sprachpraxis und interkulturellen Austausch ermöglichen. Campusführungen, landeskundliche Veranstaltungen und Fachexkursionen des Welcome-Programms erleichtern den Start ins Studium. Projektpartner ist der Deutsche Akademische Austauschdienst *Welcome – Studierende engagieren sich für Flüchtlinge*.

Hochschulen sollten für ein demokratisches Gemeinwesen

- Verantwortung für die demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft wahrnehmen,
- soziale Öffnung und Chancengleichheit verwirklichen,

- Mitbestimmung und Partizipation ausbauen,
- Kooperation, Verantwortung und Transparenz in Forschung und Lehre stärken,
- die wissenschaftliche Weiterbildung zu Angeboten des Lebensbegleitenden Lernens ausbauen.

Für diese Entwicklung braucht die demokratische und soziale Hochschule verlässliche Rahmenbedingungen.

Demokratiebildung in der politischen Erwachsenenbildung

Politische Erwachsenenbildung ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung einer aufgeklärten, offenen Bürgergesellschaft. Sie soll nicht nur Kenntnisse über die demokratische Gesellschaft und ihre Funktionsweisen vermitteln, sondern auch Themen, Interessen und Fragen von Bürgerinnen und Bürgern aufgreifen und Möglichkeiten der Partizipation und des Engagements aufzeigen. Damit folgt die politische Erwachsenenbildung einer Empowerment²-Strategie, die zum kritischen, engagierten Denken und Handeln motiviert. Anbieter der politischen Erwachsenenbildung sollen

- Bildungsangebote in Verbindung mit einer Sozialraumanalyse entwickeln, um dem Bedarf vor Ort gerecht zu werden und potentielle Akteure sowie Interessentinnen und Interessenten partizipativ einzubeziehen,
- den ländlichen Raum als Ort politischer Erwachsenenbildung verstehen und lokale Akteure und Orte des Gemeinwesens in die Bildungsarbeit integrieren, Zielgruppen genau definieren und durch spezifische Ansprachen, Orte und Methoden erreichen,
- bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Demokratie aufgreifen, mit professio-

2 Empowerment meint eine Strategie der Selbststärkung, die Menschen dabei unterstützen soll, ihre Interessen selbstverantwortlich wahrnehmen zu können.

nellen Anbietern der Erwachsenenbildung vernetzen und zu einem gemeinsamen Qualifizierungs-Programm verbinden,

- unterschiedliche Förder- und Maßnahmenziele mit Maßnahmen der politischen Bildung und Familienbildung, Erlebnispädagogik, etc. im Sinne einer Gesamtstrategie verbinden,
- soziale Netzwerke nicht nur für Öffentlichkeitsarbeit nutzen, sondern als Ort der Bildungsarbeit verstehen, z. B. für eine Umsetzung von Partizipationsstrategien, für spezifische Methoden der Bildungsarbeit, als Bildungsort in der Auseinandersetzung mit Hass im Netz, Rassismus und Extremismus sowie als Ort netzpolitischer Diskurse.

Ziel der politischen Erwachsenenbildung muss sein, Menschen und Gruppen zu interessieren, die bisher noch nicht erreicht werden konnten. Um entsprechende Angebote verstärkt zu generieren, sind die Ressourcen der politischen Erwachsenenbildung zu stärken, sollen die Förderkriterien auf diesem Feld den hier formulierten Maßgaben angepasst und - gemäß Koalitionsvertrag - die Optimierung des Bildungsfreistellungsgesetzes hinsichtlich der politischen Bildung geprüft werden.

Gedenkstätten als Orte des Gedenkens, der Erinnerung, und der Bildung am authentischen Ort

Gedenkstätten bieten die Möglichkeit, geschichtliche Entwicklungen an authentischen Orten kennenzulernen. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt trägt dazu bei, das Wissen um die Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen zu bewahren. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu vermitteln.

In Verbindung mit Ausstellungen sowie pädagogischen und kulturellen Angeboten fördern Gedenkstätten die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart. Indem sie die Konsequenzen fehlender Menschen- und Bürgerrechte vor Augen führen, ermöglichen Gedenkstätten Impulse für Zivilcourage und für das Engagement für Menschenrechte und Demokratie.

Durch die Ausweitung der Gedenkstättenstiftung und die verstärkte Förderung der historisch-politischen Bildung in Landesgedenkstätten und an NS-Gedenkorten in Europa durch die Landeszentrale für politische Bildung sollen pädagogische Angebote der Gedenkstätten möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern über außerschulische Projekte und Schulfahrten nahegebracht werden.



3. Kulturelle Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung

Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind so vielfältig wie das Bundesland selbst. In modernen Gesellschaften ist ein Miteinander in Vielfalt möglich und Demokratien leben vom Meinungsstreit, in dem um eine lebenswerte Zukunft gerungen wird. Nicht verhandelbar sind grundlegende Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde und ein gewalt- und diskriminierungsfreies Miteinander. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm Maßnahmen, die die Teilhabe und Gleichberechtigung aller Menschen in Sachsen-Anhalt stärken.

Das Land Sachsen-Anhalt ist geprägt von seiner Zu- und Abwanderungsgeschichte. Schon immer sind Menschen aus anderen Ländern nach Sachsen-Anhalt gekommen. Viele haben hier ihre neue oder zweite Heimat gefunden. Integration als wechselseitiger Prozess gelingt dann, wenn Menschen an Bildung und Erwerbsarbeit sowie am Alltagsleben und Gemeinwesen gleichberechtigt teilhaben. Zugleich kann Internationalisierung den Lebensalltag bereichern und Wirtschaft und Wissenschaft nützen.

In unserem Land sind dafür gute Voraussetzungen gegeben. In Städte- und Regionalpartnerschaften werden internationale Kontakte ebenso gepflegt wie im Rahmen der Europa- und Internationalisierungsstrategie des Landes. Ein großer Teil der Bevölkerung hat mit Offenheit, Mitgefühl und Tatkraft an der Aufnahme von Geflüchteten mitgewirkt. Vielerorts haben sich Politik und Verwaltung auf den Weg der interkulturellen Öffnung begeben. Migrantinnen und Migranten sowie Migrantenselbstorganisationen sind starke Akteure mit eigenen Ressourcen, Potentialen und Angeboten, die sowohl die Ankommenden stärken als auch die zivilgesellschaftlichen Netzwerke sowie Behörden fachlich unterstützen.

Das Landesprogramm fokussiert auf die Entwicklung Sachsen-Anhalts zu einer interkulturell sensibilisierten, weltoffenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft. Akzeptanz und Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt ist das Ziel. Das Zulassen unterschiedlicher Sichtweisen unter der Grundprämisse der Gleichwertigkeit aller Menschen stärkt unsere Demokratie. Was zählt, sind Dialogbereitschaft, der Grundsatz der Toleranz, der respektvolle Umgang im Reden und Handeln, die Ausgestaltung eines vielschichtigen, sozialen Miteinanders und das Engagement für eine lebenswerte, demokratische und weltoffene Zivilgesellschaft. Die Vermittlung dieser Werte ist ein zentrales Anliegen der Arbeit des Landesprogramms.

Die erfolgreiche Integration der nach Sachsen-Anhalt zugewanderten und aus Kriegs- und Krisengebieten geflüchteten Menschen ist daher Ausdruck unseres demokratischen und humanitären Selbstverständnisses. Wir brauchen Weltoffenheit und Vielfalt, um die Chance, die in der Migration steckt, für eine positive – kulturelle, soziale, wirtschaftliche und auch politische – Entwicklung nutzen zu können.

Die erfolgreiche Integration der Zugewanderten und Geflüchteten ist eng mit sprachlicher und beruflicher Qualifikation verwoben. Die deutsche Sprache öffnet den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, sie ist der wesentliche Schlüssel für die Kommunikation und Begegnung, mit ihr gelingt die Alltagsintegration. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und die Beteiligung an politischen Prozessen. Unabhängig von Vorkenntnissen, Bildungsstand, Geschlecht, Alter oder ausländerrechtlichem Status möchten wir Möglichkeiten zur Sprachförderung anbieten. Für die erfolgreiche berufliche Integration bedarf es neben den Angeboten des Spracherwerbs auch

passgenauer Qualifizierungsmöglichkeiten. Die Vernetzung und Zusammenarbeit aller relevanten Integrationsakteure auf regionaler und lokaler Ebene ist Voraussetzung für die Entwicklung solcher Angebote und Prozessketten.

Die Integration der Geflüchteten, aber auch von Zugewanderten, darf sich jedoch nicht auf den Spracherwerb und die erfolgreiche Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt begrenzen, sondern muss auch im Alltag der Menschen stattfinden. Integration bedeutet die gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Alltag. Hierfür bedarf es der weiteren Sensibilisierung der Gesellschaft sowie der unbedingten Stärkung der in vielen Facetten vorhandenen und sehr lebendigen Willkommenskultur.

Die Förderung des interkulturellen Dialogs zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Neuankommen ist ein wesentliches Anliegen dieses Landesprogrammes. Gleiches gilt für die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements der zahlreichen ehrenamtlichen Willkommensbündnisse, Vereine, Bündnisse gegen Rechts und anderen gemeinnützigen Organisationen, denen es um die Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens geht. Hier begegnen und vernetzen sich Akteure aus Politik, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe.

Die interkulturelle Orientierung und Öffnung von zentralen staatlichen Einrichtungen ist im Sinne erhöhter Teilhabechancen ein weiterer Schwerpunkt des Landesprogramms. Dies geschieht durch Öffnungsprozesse in Behörden und Verwaltungen für zugewanderte und geflüchtete Menschen und fokussiert in zwei Richtungen. Zum einen soll die interkulturelle Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt werden. So werden beispielsweise Ausländerbehörden hinsichtlich ihrer interkulturellen, fachlichen und sozialen Kompetenzen beraten und unterstützt. Zum anderen muss sich die Vielfalt der Mitglieder, die die Gesellschaft bilden, auch in staatlichen Einrichtungen Sachsen-Anhalts widerspiegeln.

Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt – Willkommensbehörden



Das gemeinsam von EU (ESF 2014-2020), Land und Kommune finanzierte Projekt hat zum Ziel, Ausländerbehörden im Umgang mit den vielfältigen und stetig steigenden Herausforderungen zu unterstützen. Fallzahlsteigerungen sowie ständige Änderungen im Aufenthalts- und Zuwanderungsrecht stellen für das Personal hohe Belastungen dar. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an ihre interkulturellen, fachlichen und sozialen Kompetenzen. Im Rahmen des Projektes werden die Ausländerbehörden der Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Bördekreis, Harz, Stendal, Salzlandkreis, Wittenberg sowie der kreisfreien Städte Magdeburg und Halle (Saale) von den Dienstleistungsunternehmen Rambøll Management Consulting GmbH / IMAP GmbH unterstützt. Projektträger ist das Ministerium für Inneres und Sport.

Partizipation an demokratischen Prozessen und das Erleben kultureller Vielfalt sind wichtige Aspekte der internationalen Zusammenarbeit und sollen verstärkt u. a. in den bestehenden Regionalpartnerschaften des Landes eine Rolle spielen. Die Europa- und Internationalisierungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt wird fortgesetzt und fördert internationale Jugendbegegnungen, da über solche Projekte jungen Menschen Erfahrungen mit Gleichaltrigen in anderen Ländern und mit jugendlichen Gästen aus dem Ausland im eigenen Land vermittelt werden. Damit wird ein Beitrag zu mehr Weltoffenheit geleistet. Neben

persönlichkeitsbildenden Aspekten der Maßnahmen können Jugendliche somit in der globalisierten Welt interkulturelle Kompetenz erlangen.

Ein Teil der vielfältiger werdenden Zivilgesellschaft artikuliert sich zunehmend in Form von Migrantenselbstorganisationen als Experten in Integrationsfragen. Das Landesprogramm stärkt diese Entwicklung durch inhaltliche und methodische Schulungen, Kompetenzbildung, Engagementförderung und Empowerment. Migrantenselbstorganisationen sind Multiplikatorinnen, soziale Anlaufstelle und Kulturmittlerinnen. Ihr vielfältiges Engagement für gesellschaftliche Teilhabe möchten wir noch stärker nutzen.

Das Landesprogramm unterstützt vor diesem Hintergrund insbesondere folgende Maßnahmen:

- Interkultureller Dialog, Begegnungsformate, ehrenamtliches Engagement für bzw. mit Geflüchtete/n,
- Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und anderen Organisationen,
- Vermittlung interkultureller Kompetenz an Fachkräfte in Bildungseinrichtungen, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung,
- Bildungs- und Ausbildungsinitiative für geflüchtete Kinder und Jugendliche,
- verbesserte Anerkennung von Qualifikationen und Nutzung von fachlichen Ressourcen der Migrantinnen und Migranten,
- Förderung der Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten an der Gestaltung des Gemeinwesens,
- Stärkung von Migrantenselbstorganisationen,
- geschlechtersensible Maßnahmen und Unterstützungsangebote.

Sprachmittlung in Sachsen-Anhalt

Das Projekt *SiSA* soll Menschen in ganz Sachsen-Anhalt bei der sprachlichen Verständigung unterstützen. Dazu sind Sprachmittlerinnen und Sprachmittler aktiv, die Migrantinnen und Migranten zu Terminen bei Behörden, Ärzten, an Schulen und in anderen Alltagssituationen begleiten.

Zudem ist werktags von 8 bis 16 Uhr eine Hotline erreichbar, an der kurze Gespräche telefonisch gedolmetscht werden können (Telefon 0345 21389399).

Sprachmittlung in Sachsen-Anhalt



Das Projekt wird vom Landesnetzwerk Migrantenorganisationen (LAMSA) e.V. durchgeführt und vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration sowie der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland gefördert. Projektpartner sind die Hallesche Interkulturelle Initiative (HIKI), der Verband der Migrantenorganisationen in Halle (VEMO), die Integrationshilfe Sachsen-Anhalt sowie das Projekt Eltern-Kita-Sprachmittler (ElKiS) des Friedenskreises Halle.



4. Medienkompetenz für eine digitale Zivilgesellschaft



Die Digitalisierung vieler Lebensbereiche und insbesondere gesellschaftspolitischer Prozesse bietet Chancen für eine demokratische (Netz-)Kultur sowie den Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Verwaltung. Der Ausbau digitaler Vernetzung ermöglicht die Entwicklung neuer Beteiligungsformate und neuer Wege der Kommunikation. Über soziale Online-Netzwerke, Behörden im Internet und digitale Kommunikationsplattformen können mehr Menschen erreicht sowie für Teilhabe und Engagement gewonnen werden. So gelingt es beispielsweise Geflüchteten schneller, über Internetportale und Apps Informationen zu erhalten und Netzwerke aufzubauen. Insbesondere im ländlichen Raum kann so den Nachteilen einer unzureichenden Verkehrsinfrastruktur begegnet werden. Im Rahmen bestehender oder neuer Aktivitäten, wie der Digitalen Agenda Sachsen-Anhalt, bedarf es weiterer Anstrengungen beim Ausbau der infrastrukturellen Zugangsvoraussetzungen für eine digitale Vernetzung.

Die Digitalisierung stellt Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft vor neue Herausforderungen. Die kontrovers geführten Debatten um Asyl und Zuwanderung finden ihren Niederschlag in den sozialen Medien ebenso wie die Zunahme menschenverachtender und demokratiefeindlicher Diskurse.

Insbesondere Zugewanderte, Flüchtlingshelferinnen und -helfer sowie politisch Aktive sind im Internet mit einer Vielzahl von diskriminierenden und abwertenden Hasskommentaren bis hin zu Bedrohungen konfrontiert. Gezielte Lügen und Verschwörungstheorien finden schnelle und weitreichende Verbreitung. Hass-Kampagnen in den sozialen Medien wiederum finden ihre Entsprechung in Mobilisierungen und Gewalt auf der Straße. Daher gilt es, auch und gerade im virtuellen Raum, der Kultur des Hasses eine Kultur des respektvollen Miteinanders und der Zivilcourage im Sinne einer aktiv gestalteten Bürgergesellschaft entgegenzusetzen.

Herausforderungen in der politischen Bildung

Die grundlegende Digitalisierung des Lebens erfordert neue konzeptionelle Ansätze in der Bildungsarbeit. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur befähigt werden, Menschenverachtung und antidemokratische Phänomene im Internet zu erkennen und zu bewerten, sondern ihnen auch effektiv entgegenzutreten. Ziel ist dabei, die Motivation zum Online-Dialog und -Engagement gegen Hass im Netz zu stärken. Zugleich muss netzpolitische Bildung – wie etwa im Bürgerforum für Netzpolitik und Netzkultur *swap:Netzkultur* – zu einem Kerngeschäft der politischen Bildung werden.

Das Landesprogramm fördert daher

- die Stärkung der Medienkompetenz aller Bürgerinnen und Bürger,
- die Kooperation und Vernetzung von Akteuren der politischen Bildung und Medienbildung,
- die Entwicklung von Informations- und Bildungsangeboten in den Themenfeldern digitales Engagement und Zivilcourage im Netz,

- Workshops und Trainings für eine Auseinandersetzung mit Hass und Bedrohung im Netz,
- die Entwicklung von digitalen Dialog- und Beteiligungsformaten sowie
- die Einrichtung einer Beratungsstelle zum (präventiven) Umgang mit Hass und Bedrohung im virtuellen Raum.

Vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bewegen sich zunehmend stärker in der digitalen Welt. Kommunikation, soziale Aktivitäten, Wissensvermittlung und auch Demokratiebildung finden immer häufiger im Internet statt. Politische Bildung und demokratische Beteiligungsformate müssen dem Rechnung tragen und deshalb zielgruppenspezifische Formen der digitalen Ansprache entwickeln. Hierbei setzt das Land seinen Fokus auf den Medienschutz und die Förderung der Medienkompetenz. Dazu entwickelt beispielsweise die vom Land geförderte Servicestelle Kinder- und Jugendschutz altersspezifische präventive Angebote, die junge Menschen zu einem sicheren Umgang mit den digitalen/sozialen Medien befähigen sollen. Darüber hinaus werden, unterstützt von Netzwerken im Bereich der Medienkompetenzförderung, Angebote für Lehrkräfte und Eltern zur Sensibilisierung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen konzipiert. Die Förderung der Medienkompetenz im Rahmen der Lehrerbildung sowie der Lehrerfort- und -weiterbildung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Medienbildung in Schule und Ausbildung.

Bekämpfung der Hass-Kriminalität im Internet

Neben der Förderung von Medienkompetenz und der Zivilcourage gegen Hass im Netz ist eine konsequente Strafverfolgung von virtueller Hasskriminalität unerlässlich. Einen wesentlichen Beitrag hierzu kann eine anlassunabhängige Präsenz der Polizei im Internet leisten, die zudem eine generalpräventive Wirkung entfaltet. Daher beabsichtigt das Land die Einrichtung einer sogenannten Internetstreife. Ziel ist neben dem zeitnahen Erkennen von Hasspostings die strafrechtliche Verfolgung und Ermittlung Tatverdächtiger sowie das zügige Entfernen der Hasspostings aus dem Netz. Gleichzeitig soll eine generalpräventive Wirkung erzielt werden, die durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit, begleitende Präventionsmaßnahmen und die Durchführung bundesweit abgestimmter Aktionstage gegen Hass im Netz verstärkt wird. Neben der konsequenten Strafverfolgung, die auf den verantwortlichen Autor des Hassbeitrages zielt, sollen die Betroffenen durch möglichst schnelles Löschen vor diesen rechtswidrigen Beiträgen geschützt werden.

Darüber hinaus unterstützt das Landesprogramm Maßnahmen zur Förderung der Meldung von Hassbeiträgen durch Bürgerinnen und Bürger. Bundes- und landesweite Initiativen und Meldestellen für Hass im Netz sollen bekannt gemacht und entwickelt werden.



5. Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft

Jugendarbeit spielt für die Demokratiebildung eine zentrale Rolle, denn die Lebensphase der Jugend zeichnet sich durch besondere Anforderungen aus, von denen die Selbstpositionierung und Verselbstständigung junger Menschen in der sie umgebenden Wirklichkeit die weitreichendsten sind. Die Beförderung einer demokratischen Lebensweise in Sachsen-Anhalt muss daher hier ansetzen.

Die Entwicklung eines eigenständigen Politikfeldes „Jugendpolitik“, welches ressortübergreifend arbeitet und von jungen Menschen mitbestimmt wird, ist als demokratische Zukunftspolitik dabei unabdingbar. Die Landesregierung arbeitet bereits an wesentlichen Vorhaben, um Jugendliche und junge Erwachsene in Sachsen-Anhalt dahingehend zu unterstützen. Die Erarbeitung des eigenständigen jugendpolitischen Programms und des Kinder- und Jugendberichtes für Sachsen-Anhalt, die Weiterentwicklung der landesweiten Jugendhilfeplanung wie auch zahlreiche Jugendbeteiligungsprojekte stehen dabei im Vordergrund.

Aufbauend auf den Empfehlungen des Kinder- und Jugendberichtes in der 7. Legislaturperiode in Sachsen-Anhalt, der sich erstmals schwerpunktmäßig mit dem Aufwachsen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren befasst, den Ergebnissen des Projektes *Jugend Macht Zukunft* sowie die Erfahrungen des Kompetenzzentrums *Kinder- und Jugendpartizipation* wird ein dynamisches jugendpolitisches Programm für Sachsen-Anhalt entwickelt, das mit dem *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* eng verzahnt wird.

Der in der laufenden Legislaturperiode zu erstellende Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung wird der jugendpolitischen Herausfor-

Planspiel Jugendkreistag in Mansfeld-Südharz – Ohne Jugend lässt sich der demografische Wandel nicht bewältigen



Das Ziel des Jugendkreistags ist es, die jungen Bürgerinnen und Bürger im Alter von 16 bis 24 Jahren für politische und gesellschaftliche Themen in ihrem Lebensumfeld zu sensibilisieren. Ein wichtiges Thema ist der Austausch über die demografischen Veränderungen im Kreis sowie daraus resultierende Handlungsnotwendigkeiten und Herausforderungen. Im Rahmen des Jugendkreistags Mansfeld-Südharz erhalten die jungen Menschen die Möglichkeit, sich zusammen mit kommunalpolitischen Entscheidungsträgern zu relevanten Fragen der Kreisentwicklung auszutauschen und ihre eigenen Bedürfnisse und Sichtweisen in diese Gespräche einfließen zu lassen und diese zu vertreten. Mit Blick auf die Unterrepräsentanz junger Menschen in den Institutionen der kommunalen Demokratie, besteht hier ein erheblicher Bedarf zur Schaffung eines effektiven und direkten Kommunikationskanals zwischen jungen Menschen einerseits und kommunalen Entscheidungsträgern andererseits. Dabei werden die Beteiligungswünsche und Kommunikationsgewohnheiten der Jugendlichen in spezieller Weise berücksichtigt.

Projektpartner ist die Akademie für lokale Demokratie e.V., Landkreis Mansfeld-Südharz, gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.

derung Rechnung tragen, die Partizipation als zentrales Element einer sozialen Integration zu begreifen. Junge Menschen sollen als Expertinnen und Experten in eigener Sache wahrgenommen werden. Sie selbst sollen zu dem Bild von Jugend beitragen, das Grundlage politischen Handelns sein kann. Daher soll der Bericht der Landesregierung mit einer repräsentativen Befragung der Jugendlichen in Sachsen-Anhalt verknüpft werden: Mit welchen Themen, Fragen und Problemen müssen sich Jugendliche wie und wann befassen? Welche Unterstützung steht ihnen dabei zur Verfügung und welche ist geboten? Die Erarbeitung des Kinder- und Jugendberichtes der Landesregierung wird daher die demokratische Mitbestimmung von Jugendlichen mit befördern und stärken.

Auf Basis der Ziele der Kinder- und Jugendhilfe und der Konvention über die Rechte des Kindes sind das diskriminierungsfreie Aufwachsen, ausreichende Erholungs-, Bildungs- und Freiräume sowie die ausgebaut Partizipation und Befähigung zu Eigenverantwortung wesentliche Bausteine der Wirkungsweise des Landesprogramms.

Innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft kommt den Jugendverbänden eine besondere Rolle zu. Jugendverbände sind Orte, welche jungen Menschen einerseits geschützte und pädagogisch begleitete Orientierungsmöglichkeiten bieten und dabei selbstorganisierte, erfahrungs- und gestaltbare Freiräume eröffnen. Demokratiebildung in Jugendverbänden heißt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten zu erlernen, direkt zu erleben und aktiv zu praktizieren.

Jugendverbände, aber auch Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte schaffen wesentliche Voraussetzungen dafür, dass junge Menschen zu mündigen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern in dieser Gesellschaft werden. Damit sie flächendeckend als solche wirken können, muss ihre eigenständige Arbeit gesellschaftlich anerkannt und staatlich befördert werden. In Sachsen-Anhalt ist das Angebot der außerschulischen Jugendarbeit sehr breit gefächert. Es umfasst niedrigschwellige Jugendtreffs, Sportvereine,

Fragt heute



... fordert uns Batsheva Dagan, Überlebende der Shoah, Pädagogin und Psychologin, in Ihrem Gedicht „An die, die zögern zu fragen“ auf. Offen thematisiert sie die nur noch kurze Spanne der Zeit, in der wir Überlebende nach den Ereignissen fragen können. Die Landeszentrale für politische Bildung kommt im Jahr 2017 der Aufforderung „Fragt heute“ mit einem besonderen Projekt nach.

Im Mittelpunkt stehen acht Zeitzeugen, die mit Schülerinnen und Schülern, Pädagoginnen und Pädagogen, Studierenden, Juristinnen und Juristen, Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten, aber auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern über ihre Erlebnisse während der Shoah und über das Leben danach sprechen. Ein Fachtag über Holocaust-Education für Kinder ergänzt die Reihe der Zeitzeugengespräche.

Im zweiten Schritt richten wir im Herbst den Blick auf die Täter: Uwe von Seltmann und Niklas Frank gehen dann auf Lese-Tournee und reflektieren ihre Erfahrungen mit dem Großvater bzw. dem Vater, beide NS-Täter. Drei Berliner Schauspielerinnen präsentieren mit der szenischen Lesung *Die Frau an seiner Seite* tiefe Einblicke in das Leben der Ehefrauen an der Seite von NS-Tätern und in die Ehe- und Familien-Ideologie der SS.

Den Abschluss findet das Projekt kurz vor Ende des Jahres mit einem Fachtag über den zeitgemäßen pädagogischen Umgang mit der kommentierten Ausgabe von Adolf Hitlers *Mein Kampf* im Geschichtsunterricht.

Kulturangebote, religiös geprägte Freizeiten, Freiwilligendienste, ehrenamtliches Engagement in der Jugendfeuerwehr, Jugendinitiativen oder internationale Jugendbegegnungen.

In Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung diskutieren junge Menschen mit Gleichaltrigen über Werte, setzen sich aktiv mit sich selbst und ihrer Lebenswelt auseinander. Sie besuchen Gedenkstätten, diskutieren politische Themen oder politische und soziologische Gesellschaftstheorien. Im Rahmen vielfältiger Aktionen, ehrenamtlicher Engagementmöglichkeiten wie auch als Vertreterinnen und Vertreter in inner- und außerverbandlichen Gremien erlernen und vollziehen junge Menschen den Übergang von Partizipation

zur Selbstorganisation. In Gruppen bzw. unter Anleitung erfahrener Fachkräfte der außerschulischen Jugendbildung finden Jugendliche Möglichkeiten, sich gemeinsam mit ihrer Lebenswelt auseinanderzusetzen, ihre eigenen Werte zu diskutieren und sich selbst positionieren zu können.

Das Landesprogramm unterstützt daher Aktivitäten der Jugendverbände, des Jugendengagements und der Jugendbildungsträger, welche rechtsextremistischen und islamistischen Tendenzen entgegenwirken sowie die Selbstorganisation von Interessen junger Menschen, die Auseinandersetzung mit Diskriminierung, die Befähigung zur Selbstbestimmung, wie auch die politische Beteiligung stärken.



6. Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt

Eine Arbeitskultur, die Vielfalt anerkennt und wertschätzt, ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Mit dem Landesprogramm bekennt sich Sachsen-Anhalt zu einer diskriminierungsfreien Teilhabe und gleichberechtigten Zugangschancen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Maßnahmen müssen gut abgestimmt sein: Die Weltoffenheit der Gesellschaft ist die Grundlage für die Anerkennung von Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt. Zugleich ist eine an den Grundsätzen von Diversity³ orientierte Arbeitswelt Voraussetzung und Motor für eine inklusive und integrationsfähige Gesellschaft.

Die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland führen dazu, dass auch Unternehmen in Sachsen-Anhalt zunehmend mit multikulturellen Belegschaften arbeiten, in denen die Beschäftigten durch unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergründe geprägt sind. Dies birgt sowohl Konfliktpotential als auch Chancen. Eine kluge Personal- und Organisationsentwicklung kann den Herausforderungen begegnen und diese für das Unternehmen nutzbar machen.

Durch diversityorientierte Maßnahmen im Rahmen einer strategischen Personal- und Organisationsentwicklung erschließen Unternehmen die Potentiale ihrer verschiedenen Mitarbeitergruppen effektiver und führen sie zum Wohle der Gesamtorganisation zusammen. Voraussetzung hierfür ist, die Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu reflektieren, jeweilige Stärken und Schwächen zu würdigen und

somit eine Kultur der Wertschätzung im betrieblichen Alltag zu schaffen.

Für die Förderung der personellen Vielfalt und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Arbeitsumfeldes sind Betriebs- und Personalräte entscheidende Partner. Sie bündeln die Wünsche und Anliegen der verschiedenen Beschäftigungsgruppen und verfügen bereits über Erfahrungen in Fragen der unternehmensinternen Demokratie. Ihr Wissen und ihre Handlungsmöglichkeiten zu stärken, sind zentrale Voraussetzungen für eine Kultur der Vielfalt.



Im Einzelnen zielt Diversity-Management auf:

- den Abbau von Klischees, Vorurteilen und Diskriminierungen,
- die höhere Wertschätzung von Unterschiedlichkeit,
- die Herstellung von Bedingungen, die es allen Mitarbeitenden ermöglichen, ihre individuellen Potenziale, Talente und ihre Leistungsfä-

3 Diversity meint ein Konzept, das auf der Anerkennung von Vielfalt basiert. Diversity umfasst insbesondere die Dimensionen Kultur, ethnische Herkunft, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung und Religion/Weltanschauung.

higkeit in einem von Offenheit und Integration geprägten Klima voll zu entfalten sowie

- die gleichberechtigte und bedarfsorientierte Berücksichtigung aller Beschäftigtengruppen und ihrer Interessen bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen der Arbeit und Beschäftigung.

Eine tolerante und interessenausgleichende Unternehmenskultur gegenüber Frauen und Männern, Jungen und Alten, Einheimischen und Zugewanderten führt in der Folge zu einer höheren Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten und zu mehr Attraktivität eines Unternehmens.

Doch ist Diversity-Management nicht nur eine inklusive Personalstrategie. Als grundlegender Baustein der Unternehmens- und Arbeitsmarktintegration kann es wichtige Beiträge leisten, die Fachkräftesituation in einem Unternehmen zu verbessern und neue Fachkräftepotentiale zu erschließen. Damit zahlt es sich letztlich auch betriebswirtschaftlich aus. Hervorzuheben sind insbesondere:

- **Kostenreduzierung:** Die Wertschätzung diverser Personengruppen steigert die Motivation, erhöht damit die Produktivität, senkt die Fluktuation und minimiert somit Kosten,
- **Verbessertes Marketing:** Eine vielfältig zusammengesetzte Arbeitnehmerschaft in allen Hierarchieebenen kann sich eher auf ebenfalls vielfältige Kunden einstellen,
- **Optimierung des Personalmarketing:** Gezielte Beschäftigung mit Diversity wirkt sich deutlich auf die Attraktivität von Arbeitgebern aus und ist eine Entscheidungshilfe für Bewerberinnen und Bewerber. Dadurch wird eine höhere Ausschöpfung der verfügbaren Arbeitsmarktpotentiale ermöglicht und damit die Demografiefestigkeit verstärkt,
- **Erhöhung der Flexibilität:** Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft können flexibel

auf interne und externe Einflüsse reagieren. Sie können besser mit Unsicherheit umgehen und sind eher in der Lage, flexibel auf Veränderungen am Markt zu reagieren,

- **Kreativitätssteigerung:** Ein erweitertes Wertespektrum und der Abbau von Konformitätsschranken führen dazu, dass mehr neue Ideen eingebracht werden und grundsätzlich ein starker positiver Einfluss auf die Kreativität und Innovationskraft gegeben ist,
- **Verbesserte Problemlösung:** Gemischt zusammengesetzte Teams sind kreativer und kommen zu tragfähigeren Problemlösungen. Die Wissens- und Erfahrungsbasis vielfältiger Gruppen ist breiter und unterstützt dadurch die Umsetzung qualitativ besserer Lösungsansätze.

Im Rahmen seiner Fachkräftesicherungsstrategie sowie zur gezielten Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Bewältigung des demografischen und des wirtschaftlichen Strukturwandels unterstützt deshalb das Land Unternehmen bei der Implementierung und Umsetzung einer strategischen Personal- und Organisationsentwicklung. Zum einen werden kleine und mittlere Unternehmen durch das Beraternetzwerk der Landesinitiative *Fachkraft im Fokus* gezielt zu Strategien und Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung und zu Diversity-Management beraten. Zum anderen können kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Förderprogramms *Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG BETRIEB* finanziell gefördert werden, wenn sie Maßnahmen zur mitarbeiterorientierten Personalpolitik und zum Diversity-Management in ihren Unternehmen umsetzen. Neben den kleinen und mittleren Unternehmen entwickeln große Unternehmen, Verwaltungen, aber auch Organisationen der Sozialwirtschaft Diversity-Strategien, um den Herausforderungen der Internationalisierung, der Migration und der demografischen Veränderungen zu begegnen.



7. Dialog, Qualitätssicherung und Vernetzung

Ein wesentliches Ziel des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* ist es, die Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, Wirtschaft, Politik und Verwaltungen im Sinne einer gelebten demokratischen Kultur und aktiven Bürgergesellschaft weiter zu stärken.

Folgende Strukturen sollen die Vernetzung, den Dialog und die kontinuierliche Weiterentwicklung des Landesprogramms unterstützen:

Die **Koordination** des Landesprogramms wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration wahrgenommen. Dieses verantwortet die Entscheidung über Förderungen im Landesprogramm, gestaltet die Vernetzung mit anderen Programmen auf Landes- und Bundesebene sowie weiteren Akteuren im Bereich der Demokratieförderung, Prävention und Intervention und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit.

Das Landesprogramm wird durch einen **Beirat** begleitet, in dem zivilgesellschaftliche Vereine und Institutionen mitarbeiten. Den Vorsitz hat die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt. Die Mitglieder des Beirats beteiligen sich an der Aufstellung des Programms und bringen ihre Expertise und Fachkompetenzen über gemeinsame Beratungen und Fachveranstaltungen in die Umsetzung des Landesprogramms ein. Zu den Aufgaben zählen die Erarbeitung fachlicher Empfehlungen zu den Zielen und Schwerpunktsetzungen bei der Entwicklung einer landesweiten Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit. Mit seiner Tätigkeit soll der Beirat die Rückbindung des Landesprogramms in die Zivilgesellschaft sowie den Dialog über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen und Ziele des Programms langfristig

sicherstellen und zu Schwerpunkten der Förderung beraten.

Die Ressorts der Landesregierung koordinieren ihre Aufgaben zur Aufstellung und Umsetzung des Programms durch den **Interministeriellen Arbeitskreis**. Dazu gehören z. B. die Bestandserhebung bestehender Maßnahmen, die Identifizierung neu aufzunehmender Handlungsbedarfe und die Begleitung der Qualitätsentwicklung sowie die Berichterstattung für das Kabinett und den Landtag. Er setzt sich – unter Vorsitz der Staatssekretärin des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration – aus Vertretungen aller Ressorts zusammen.

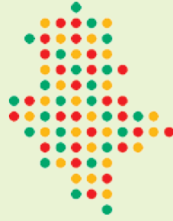
Das Landesprogramm lebt von der Vernetzung. In den Ressorts der Landesverwaltung und in den verschiedenen Engagementbereichen werden vielfältige Maßnahmen, Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie unterstützt und umgesetzt. Unter dem Dach des Landesprogramms sollen diese noch besser abgestimmt und strategisch verknüpft werden. Zur Transpa-



renz stellen wir mit dem **Demokratieportal** eine regelmäßig aktualisierte Homepage zur Verfügung. Gleichzeitig möchte das Landesprogramm mit gezielter Förderung Leerstellen bearbeiten, auf neue Bedarfe und Herausforderungen reagieren und Impulse setzen. Zur Umsetzung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms hat das Land eine eigene **Förderrichtlinie** erstellt. Die Förderung durch das Landesprogramm ersetzt keinesfalls die Förderungen anderer Ressorts.

Das Landesprogramm ist ein lernendes Programm. Die methodischen Ansätze bedürfen vor dem Hintergrund der sich verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen und Zugangsschwierigkeiten zu Zielgruppen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und Ergebnissicherung. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration finanziert deshalb eine **wissenschaftliche Begleitung und Evaluation** des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit.





Gemeinsam für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land
mit einer vielfältigen Kultur und einer starken Zivilgesellschaft.
Die Unantastbarkeit der individuellen Menschenwürde,
die Gleichbehandlung aller Menschen
und die freie Entfaltung der Persönlichkeit
sind Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung.

Der aktiven Bürgergesellschaft mit ihren
Initiativen, Vereinen und Verbänden
kommt eine besondere Bedeutung bei der Gestaltung
einer demokratischen Kultur zu.
Zivilgesellschaftliche Akteure fördern und stärken
das Engagement für Vielfalt und Weltoffenheit vor Ort.
Damit leisten sie einen zentralen und unverzichtbaren Beitrag
für eine lebendige Demokratie in Sachsen-Anhalt.
Gemeinsam mit den vielen ehrenamtlichen Engagierten
genießen sie die Anerkennung, Wertschätzung
und Unterstützung der Landesregierung.

Landesregierung, Verwaltung und demokratische Parteien
setzen sich im Rahmen des Landesprogramms dafür ein,
Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz
in ihren Verantwortungsbereichen
entschlossen und mit ganzer Kraft entgegenzutreten.

Gemeinsam engagieren sich alle Akteure
des Landesprogramms für Demokratie und Vielfalt, Weltoffenheit
sowie für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben!
Mit dem *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit*
laden wir alle Menschen in Sachsen-Anhalt ein,
sich für unser demokratisches Gemeinwesen zu engagieren.

Vielfalt

Rechtsextremismus bekämpfen

Migration **Mitbestimmung**

Kultur Akteure Toleranz

Zivilgesellschaft

Beteiligung **Menschen**

strukturschwache Region

Bessere Perspektive **Medien**

Nachhaltigkeit Zeit

Zusammenarbeit Impulse

braucht Partizipation **Aktionen**

**Landesprogramm für Demo-
kratie, Vielfalt und Weltoffenheit**

Bildung Islambild **Fokus** social Willkommenskultur

Ressourcen Migranten Demokratie

Begegnungsmöglichkeiten schaffen

Jugendliche Ressourcen

Reden Netzwerke **Träger**

Zuhören Sicherheit

auf Augenhöhe

Landkreise Verwaltung

Konferenzen

Engagement